



Univ.-Prof. Dr. Egon Jüttner
Mitglied des Deutschen Bundestages
Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Telefon 030 227 - 72291
Fax 030 227 - 76172

E-Mail: egon.juettner@bundestag.de

Jüttner fordert Ende der Gewalt in der Türkei

Berlin, 19. Juni 2013 – Die angespannte Lage in der Türkei verfolgt der Mannheimer CDU-Bundestagabgeordnete und Stadtrat Prof. Dr. Egon Jüttner mit großer Sorge, sowohl als Mitglied des Bundestagsausschusses für Menschenrechte und Humanitäre Hilfe als auch als Stadtrat von Mannheim, da der berühmte Taksim-Platz, an dem die Demonstrationen begannen, zum Istanbuler Stadtbezirk Beyoğlu gehört. Beyoğlu und die Stadt Mannheim pflegen seit 2011 eine Städtepartnerschaft.

Jüttner: „Ich freue mich darüber, dass wir in der Gemeinderatssitzung einen Antrag, in dem wir den türkischen Ministerpräsidenten dazu auffordern, die Gewalt gegen die Demonstranten sofort zu beenden, einstimmig verabschiedet haben. Wir zeigen uns so solidarisch mit den friedlich demonstrierenden Menschen in Beyoğlu und der restlichen Türkei, die nur ihre demokratischen Rechte ausüben.“

Ursprünglich begannen die Demonstrationen wegen geplanter Baumfällarbeiten an dem berühmten Taksim-Platz. Doch mittlerweile steht die Regierung, insbesondere Ministerpräsident Erdogan, wegen geplanter Gesetzesänderungen und nicht zuletzt wegen des unangemessen harten Vorgehens gegen die Demonstranten im Zentrum der Kritik. Viele seiner Kritiker fürchten um die strikte Trennung zwischen Religion und Staat aufgrund der Reformvorhaben der türkischen Regierung. Inzwischen droht Ministerpräsident Erdogan den Demonstranten sogar mit einem Militäreinsatz. „Die türkische Regierung muss sofort mit dem unverhältnismäßig aggressiven Vorgehen gegen seine Kritiker aufhören. Außerdem fordere ich die Regierung unter Erdogan auf, die demokratischen Grund- und Menschenrechte zu respektieren. Hierzu gehört auch das Recht auf freie Meinungsäußerung. Das Recht auf freie Meinungsäußerung muss unter allen Umständen auch in der Türkei geschützt bleiben. Die türkische Regierung hat hier noch viel Nachholbedarf“, so der Mannheimer Abgeordnete.

PRESSMITTEILUNG